

An das
Büro der STVV
Hauptamt
Rathaus Mörfelden

Antrag zum Haushalt 2006:

HH-Stelle 2.6300-001 Allgemeiner Straßenbau

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Mörfelden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Planungen für eine Verkehrsberuhigung für die Bundesstraßen im Stadtgebiet von Mörfelden einzuleiten.

Zur schnellen Verkehrsentlastung in Mörfelden soll ein Maßnahmenpaket geplant und zügig umgesetzt werden:

- Antrag und Einführung eines LKW-Durchfahrtsverbots.
- Hinweisschilder an B 486 und B 44 an den Ortseingängen um den Verkehr und besonders den LKW-Verkehr über Vitrollesring und Wageninger Str. zu leiten.
- Den Verkehrsfluß auf der Industriestr., Waginger Str. und Vitrollesring durch geeignete Maßnahmen wie veränderte Ampelschaltungen, Haltebuchten für Linienbusse, Abbiegespuren verbessern.
- Geschwindigkeitsbeschränkungen und Geschwindigkeitskontrollen durch stationäre und mobile Einrichtungen auf den Bundesstraßen.
- Umbau von Groß-Gerauer Str., Gärtnerweg und Langener Str. mit Radwegen und Grüninseln zur Querschnittsverengung.

Für die Planung und erste konkrete Maßnahmen werden im Haushalt 50.000,- € bereitgestellt.

Begründung:

Seit vielen Jahren müssen die AnwohnerInnen an den Bundesstraßen B 44 und B 486 mit dem Lärm, den Abgasen und den Gefahren durch das hohe Verkehrsaufkommen leben. Die Aktionsgemeinschaft gegen Lärm von Schiene und Straße (AGS) hat erst vor kurzem konkrete Messergebnisse vorgelegt und die hohen Geschwindigkeiten der Autos, die große Anzahl der LKWs, den Gestank und den Lärm angeprangert. Die AGS sieht zwar die Südumgehung als die Lösung aller Verkehrsprobleme, rechnet aber jedoch mit einem Baubeginn erst etwa 2010. Vorausgesetzt die Südumgehung wird trotz aller finanziellen und ökologischen Bedenken gebaut, wird die Inbetriebnahme vielleicht 2015 erfolgen. Dies würde eine Fortsetzung der Verkehrsbelastung für weitere 10 Jahre bedeuten. Dies ist den BürgerInnen nicht zumutbar.

Deshalb sollten im Stadtgebiet rasch die möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Belastung der BürgerInnen zu reduzieren.